

## **Die Münchner Förderformel für Kindertageseinrichtungen**

**Anpassungen der Zuschussrichtlinie zur Münchner Förderformel sowie der "Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte" in Bezug auf die Neuregelungen der städtischen Kindertageseinrichtungsgebührensatzung und der Neuregelungen der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (Jahresanstellungsschlüssel nach § 17 AVBayKiBiG und Aufenthaltsgemeinde nach § 26 AVBayKiBiG ) sowie zum Faktor kfkont**

**Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 09041**

### **Anlagen**

**Beschluss des Bildungsausschusses und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Stadtrates vom 04.07.2017 (VB)**  
Öffentliche Sitzung

## **I. Vortrag der Referentin**

### **1. Ausgangslage**

Innerhalb der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (AVBayKiBiG) wurden mit Wirkung zum 01.01.2017 die Fehlzeitenregelung sowie der Wechsel der Aufenthaltsgemeinde neu definiert. Diese Änderungen bzw. Neuregelungen haben direkten Einfluss auf die Münchner Förderformel. Deshalb ist es notwendig, dass seitens des Referats für Bildung und Sport die Zuschussrichtlinie als auch die Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte angepasst und dem Stadtrat mit dieser Beschlussvorlage zur Entscheidung vorgelegt werden.

Ebenfalls wurden vom Referat für Bildung und Sport die städtischen Benutzungssatzungen für die städtischen Kindertageseinrichtungen und Tagesheime sowie die städtische Kindertageseinrichtungsgebührensatzung neu gefasst und vom Stadtrat in der Vollversammlung vom 05.04.2017 beschlossen (Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 08277). In diesem Rahmen wurden für Plätze von Schulkindern die gestaffelten Elternentgelte für die Buchungskategorien entsprechend den Vorgaben des Freistaats Bayern angepasst sowie weitere Anpassungen hinsichtlich der Einkommensberechnung vollzogen. Diese Anpassungen werden nun ebenfalls für den Bereich der Schulkinder in der Zuschussrichtlinie zur Münchner Förderformel (Anlage 1a<sup>1</sup> und 1b<sup>2</sup>) als auch in der Richtlinie zur Förderung

<sup>1</sup> Neufassung der Zuschussrichtlinie

<sup>2</sup> Neufassung der Zuschussrichtlinie, Änderungen aufgezeigt

kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte (Anlage 2a und 2b) vorgenommen und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

## **2. Neuregelung zur Bewertung des Mindestanstellungsschlüssels § 17 AVBayKiBiG**

Mit Wirkung zum 01. Januar 2017 wurde eine Nachfolgeregelung zur bis dato geltenden Fehlzeitenregelung in die AVBayKiBiG aufgenommen.

Aufgrund der Neuregelung bezieht sich die Förderung jetzt auf den durchschnittlichen Jahresanstellungsschlüssel von 1:11,00. Ein Überschreiten des förderrelevanten Anstellungsschlüssels beziehungsweise die Unterschreitung der Fachkraftquote in einem Kalendermonat führt nicht mehr automatisch zu einer geringeren gesetzlichen Förderung. Der Träger hat in diesem Zusammenhang nur Fehlzeiten zu erfassen, die länger als 42 Kalendertage am Stück andauern. Das bedeutet, wenn pädagogisches Personal über einen Zeitraum von 42 Kalendertagen aufeinanderfolgend keine Arbeitsleistung erbringt, bleibt diese arbeitsvertragliche Arbeitszeit erst ab Beginn des nächstfolgenden Kalendermonats zur Berechnung des Anstellungsschlüssels unberücksichtigt.

Beispiel:

Fachkraft F erbringt ab 01.04.2017 keine Arbeitsleistung. Die 42 Tage laufen am 12.05.2017 ab. Fachkraft F wird grundsätzlich ab Juni nicht mehr zur Berechnung der Förderfähigkeit herangezogen und aus dem Abrechnungsprogramm (KiBiG.web) herausgenommen.

Im Ergebnis werden die Kalendermonate, die bezogen auf das Bewilligungsjahr im Durchschnitt sowohl den geforderten Anstellungsschlüssel als auch die Fachkraftquote erfüllen, gefördert. Eine Prüfung, weshalb ggf. in den einzelnen Monaten die Schlüssel nicht eingehalten werden können, findet nicht mehr statt. Kalendermonatliche Abweichungen in Bezug auf den Mindestanstellungsschlüssel bleiben jetzt unschädlich, solange der geforderte durchschnittliche Jahresanstellungsschlüssel eingehalten ist. Förderkürzungen entstehen für die Zukunft nur, wenn dieser Jahresanstellungsschlüssel von 1:11,00 nicht eingehalten wird. Sollte diese Voraussetzung nicht vorliegen, wird der Monat mit dem schlechtesten Anstellungsschlüssel nicht mehr berücksichtigt und der Jahresanstellungsschlüssel mit den verbleibenden 11 Monaten berechnet. Wird der Jahresanstellungsschlüssel von 1:11,00 dann eingehalten, wird danach noch geprüft, ob die erforderliche Fachkraftquote eingehalten ist.

Beispiel:

Berechnung einer möglichen Förderkürzung

Anstellungsschlüssel (AS):

Von Januar bis Mai	1:10,5
Von Juni bis Oktober	1:10,7
Von November bis Dezember	1:13,5

1. Schritt

Jahresdurchschnitt: **1:11,08** (AS von 1:11,00 nicht eingehalten)

Folge: Förderkürzung für November

2. Schritt

Jahresdurchschnitt für 11 Monate ohne November **1:10,86** (AS von 1:11,0 eingehalten)

Folge: Der relevante BayKiBiG-Förderanspruch wird aus diesen 11 Monaten gebildet.

3. Schritt

Die Fachkraftquote, d.h. mindestens 50 v.H. der erforderlichen Arbeitszeit des pädagogischen Personals ist von pädagogischen Fachkräften zu leisten, wird eingehalten.

**Zuschussrichtlinie Münchner Förderformel - notwendige Anpassungen**

In der Zuschussrichtlinie zur Münchner Förderformel sind die allgemeinen Fördervoraussetzungen festgelegt. Fördervoraussetzung ist, dass im Förderzeitraum im jährlichen Durchschnitt ein Anstellungsschlüssel vorzuweisen ist, der um 0,5 besser ist, als der jeweils gültige gesetzliche Mindestanstellungsschlüssel. Außerdem ist die Fachkraftquote einzuhalten, d.h. mindestens 50 v.H. der erforderlichen Arbeitszeit des pädagogischen Personals ist von pädagogischen Fachkräften zu leisten (vgl. Zuschussrichtlinie Ziffer II). Mit Blick auf die oben unter Punkt 2 beschriebenen Neuregelungen wird empfohlen, die Berechnung des förderrelevanten Anstellungsschlüssels analog der gesetzlichen Neuregelung im jährlichen Durchschnitt zu vollziehen. Das dient der Transparenz und der Einheitlichkeit der Fördersysteme und kommt den Trägern und der Verwaltung entgegen.

Im Ergebnis führt die Nichterrechung des für die Münchner Förderformel relevanten durchschnittlichen jährlichen Anstellungsschlüssels von derzeit 1:10,5 nicht zur kompletten Kürzung der Leistungen nach der Münchner Förderformel.

Als Grundlage der Förderung sollen die Monate der kommunalen Förderung herangezogen werden, die im Jahresdurchschnitt einen AS von 1:10,5 bilden können.

Beispiel:

Berechnung einer möglichen Förderkürzung

Anstellungsschlüssel (AS):

Von Januar bis Februar 1:10,0

Von März bis Oktober 1:10,5

Von November bis Dezember 1:11,3

1. Schritt

Jahresdurchschnitt: **1:10,55** (AS von 1:10,50 nicht eingehalten)

Folge: Förderkürzung für November in der Münchner Förderformel

2. Schritt

Jahresdurchschnitt für 11 Monate ohne November **1:10,48** (AS von 1:10,5 eingehalten)

Folge: Der für den Zuschuss nach der Münchner Förderformel relevante BayKiBiG-Förderanspruch wird aus diesen 11 Monaten gebildet.

3. Schritt

Die Fachkraftquote, d.h. mindestens 50 v.H. der erforderlichen Arbeitszeit des pädagogischen Personals ist von pädagogischen Fachkräften zu leisten, wird eingehalten.

Zur Erreichung der Förderung nach der Münchner Förderformel müsste der November gekürzt werden um einen besseren Anstellungsschlüssel als 1:10,5 zu erreichen. Der Wertansatz für die Grundlage der Förderung nach der Münchner Förderformel bemisst sich nach diesem Beispiel dann aus der kindbezogenen Förderung nach BayKiBiG in Höhe des kommunalen Anteils der elf anrechenbaren Monate multipliziert mit zwei. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Träger grundsätzlich immer einen Anstellungsschlüssel von mindestens 1:10,5 im Jahresdurchschnitt über 12 Monate sicherstellen konnten. In Verbindung mit der ehemaligen Fehlzeitenregelung war in der Zuschussrichtlinie eine Härtefallregelung hinterlegt, die aufgrund der Neuregelung nicht mehr als geeignet anzusehen ist. Die bisherige Härtefallregelung sah vor, dass unterjährige Förderkürzungen der BayKiBiG-Förderung im Rahmen der Fehlzeitenregelung für die Festlegung der BayKiBiG-Basisförderung unberücksichtigt bleiben.

Es wird empfohlen, die Härtefallregelung dahingehend zu erneuern, dass die Berechnung des Wertansatzes der Förderung der Münchner Förderformel analog der gesetzlichen Regelung erfolgt, wenn ein Träger nicht den für die Förderformel notwendigen Anstellungsschlüssel vorweist. In Härtefällen soll auf Antrag geprüft werden, ob trotz Verletzung des förderrelevanten Anstellungsschlüssels der Münchner Förderformel eine Förderung erfolgen kann (vgl. Zuschussrichtlinie Ziffer 3.30). Diese Regelung soll rückwirkend ab dem 01. Januar 2017 in Kraft treten. Somit ist das wirtschaftliche Risiko der Träger minimiert und sichergestellt, dass die Träger in besonderen Fällen nicht die komplette Förderung verlieren.

### **3. Neuregelung zum Aufenthaltsort § 26 Abs. 1 Satz 5 AVBayKiBiG**

Seit 01.01.2017 gilt eine neue gesetzliche Regelung bei Wechsel der Aufenthaltsgemeinde der Kinder während des Bewilligungsjahres. Durch die gesetzliche Neuregelung innerhalb der AVBayKiBiG in Bezug auf die zuständige Aufenthaltsgemeinde gelten im Rahmen der gesetzlichen Betriebskostenförderung einerseits Kinder, die aus München wegziehen, für einen Zeitraum noch als Münchner Kinder und andererseits Kinder, die nach München ziehen, für einen gewissen Zeitraum noch nicht als Münchner Kinder (s. Fallvarianten). Problematisch wird dies bei Kindern, die auch vor dem Zuzug nach München bereits eine Einrichtung im Geltungsbereich der Münchner Förderformel besuchten und zum Beispiel Anspruch auf Wirtschaftliche Jugendhilfe haben, bzw. im Rahmen der Differenzförderung gefördert werden könnten.

#### **Fallvariante 1:**

Wenn die Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts in der Zeit vom 02.01. bis 31.08. eintritt, bleibt für die kindbezogene Förderung bis 31.08. die bisherige Aufenthaltsgemeinde zuständig.

Fallvariante 2:

Bei einer Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts in der Zeit vom 02.09. bis 31.12., richtet sich die Zuständigkeit für die Förderung bis 31.12. nach der bisherigen Aufenthaltsgemeinde des Kindes.

Die Neuregelung erfasst keinen Wechsel der Aufenthaltsgemeinde im Monat der Aufnahme des Kindes in der Kindertageseinrichtung.

Die Fälle der Neuaufnahme von Kindern aus Umlandgemeinden in Münchner Kindertageseinrichtungen, bzw. in Kindertageseinrichtungen, die nach der Münchner Förderformel bezuschusst werden, sind von dieser Neuregelung nicht erfasst. Hier muss das Gastkindverhältnis weiterhin innerhalb von drei Kalendermonaten angezeigt werden.

### **3.1 Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte - notwendige Anpassungen**

Es wird empfohlen, die Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte dahingehend anzupassen, dass die, in München gemeldeten Kinder bereits die einkommensbezogene Staffelung und Geschwisterermäßigung im Rahmen der Münchner Förderformel beantragen können, selbst wenn für die BayKiBiG-Förderung vorübergehend noch die ehemalige Aufenthaltsgemeinde zuständig ist (vgl. Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte Ziffer 1.1).

Die vorgeschlagene Regelung zur Differenzförderung und zur Förderung nach Faktoren ist somit erstmals an unterschiedliche Zeitpunkte geknüpft.

Dadurch wird sichergestellt, dass keine aufwändigen Abgleiche mit der wirtschaftlichen Jugendhilfe notwendig sind, da Anträge auf wirtschaftliche Jugendhilfe, die Elternentgelte betreffen, erst nachrangig möglich sind.

Die möglichen Kosten in Bezug auf diese Neuregelung lassen sich nicht abschätzen. Im Bewilligungszeitraum 2016 wurden aber knapp 200 Gastkinder in Einrichtungen die nach der Münchner Förderformel gefördert werden gezählt. Diese könnten theoretisch nach München zuziehen.

Wichtig ist, bei Wegzug einer Familie aus München entfällt ab dem Monat des Umzugs die Differenzförderung. Ab dem Umzugsmonat ist ggf. ein Antrag auf wirtschaftliche Jugendhilfe beim zuständigen Landratsamt bzw. der kreisfreien Gemeinde zu stellen.

### **3.2 Neuregelung zum Aufenthaltsort - Gewährung der Faktoren nach der Münchner Förderformel**

In der Münchner Förderformel werden nur Kinder berücksichtigt, für die seitens der Landeshauptstadt München der kommunale BayKiBiG-Anteil ausbezahlt wird.

Bisher haben Träger von Kindertageseinrichtungen bei unterjähriger Änderung des gewöhnlichen Aufenthalts und gleichzeitigem Verbleib des Kindes in der

Kindertageseinrichtung dies der neuen Aufenthaltsgemeinde angezeigt. Ab dem Monat der Änderung erhielten die Einrichtungen für diese Kinder keine kommunale Förderung der Stadt München und damit keine Leistungen der Münchner Förderformel ausbezahlt.

Wie in den Beispielen unter 3. aufgeführt, wird bei Verbleib eines Kindes in der Einrichtung ein Wechsel des gewöhnlichen Aufenthaltsorts nach Beginn des Bewilligungszeitraums mit Wirkung ab dem folgenden Kindertageseinrichtungsjahr und bei erfolgtem Umzug nach Beginn des Kindertageseinrichtungsjahres mit Beginn des folgenden Bewilligungszeitraums für die neue Gemeinde förderrelevant.

Es wird empfohlen, dass die Förderung nach der Münchner Förderformel analog der Neuregelung der BayKiBiG-Förderung bei Wechsel des Aufenthaltsortes vorgenommen wird. Somit werden weiterhin bei Ausreichung der Faktoren nur Kinder berücksichtigt, für die seitens der Landeshauptstadt München die kommunale BayKiBiG Förderung ausbezahlt wird. Eine Anpassung der Förderrichtlinie ist in Bezug auf die Höhe der Förderung für die einzelnen Faktoren der Münchner Förderformel somit nicht erforderlich.

Die Gewährung der Faktoren nach der Münchner Förderformel für die Zeit bis zum Wechsel der Zuständigkeit für die BayKiBiG-Förderung auf die neue Aufenthaltsgemeinde stellt eine freiwillige Leistung dar. Im Gegensatz zur Differenzförderung, die nur für Münchner Kinder gilt und mit dem Wegzug aus München endet, werden den Trägern nun Mittel aus der Förderformel gewährt, die im eigentlichen Sinne bereits Kinder einer Umlandgemeinde erreichen, für die die Landeshauptstadt München aber faktisch noch für die BayKiBiG-Förderung zuständig ist.

Ein differenziertes Vorgehen und eine mögliche Aussetzung der Finanzierung über die Faktoren bei Verlegung des Wohnsitzes in das Umland wäre mit einem hohen Verwaltungsaufwand verbunden. Der Wechsel der Zuständigkeit kann beispielsweise bei Umzug im Januar erst ab dem 01. September erfolgen. Es lässt sich schwerlich abschätzen, wieviele Kinder zu welchem Zeitpunkt umziehen und welche Kosten in diesem Zusammenhang anfallen. Für ein Kindergartenkind mit einer durchschnittlichen Buchungszeit von 6 bis 7 Stunden erhält ein Träger beispielsweise im Monat knapp 67 Euro Förderung über die Münchner Förderformel (Faktor eallg, Faktor eausfall und Faktor eöff).

#### **4. Neuregelungen der städtischen Kindertageseinrichtungsgebührensatzung - Anpassung der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte**

Die Änderung der Satzungen wurde in der Vollversammlung des Stadtrats vom 05.04.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 08277) beschlossen. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens sieht die geänderte Kindertageseinrichtungsgebührensatzung den 31.08.2017 vor. Die Zuschussrichtlinien werden nun auf diese Änderungen hin angepasst, um einen möglichst hohen Gleichklang in Bezug auf die städtischen Satzungen herzustellen, insbesondere vor

dem Hintergrund der in diesem Zusammenhang stehenden Verwaltungsaufwände und der damit verbundenen Sachbearbeitung.

Zu den relevanten Änderungen wurden neben den Elternbeiräten auch die Träger mit Überlassungsvertrag sowie die ARGE der freien Wohlfahrtspflege München im Vorfeld dieser Stadtratsbefassung beteiligt. Deren Rückmeldungen wurden in Tabellen zusammengefasst (siehe hierzu Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 08277, Seite 14 sowie deren Anlagen 9 und 14). Kurz zusammengefasst, nahmen die Träger in besonders hohem Maße zu folgenden Themen Stellung:

- Forderung nach einer Anhebung der Besuchsgebühren (§ 2)
- Forderung nach expliziter Regelung zu Spiel- und Materialgeld  
(keine Regelung im Satzungsentwurf)

Es wurde in der Beschlussvorlage mitgeteilt, dass dem Stadtrat noch vor Inkrafttreten der neuen städtischen Satzungen die notwendigen Anpassungen der Zuschussrichtlinie zur Entscheidung vorgelegt werden.

Erstmals soll nun im Rahmen der Verwaltungsvereinfachung auch das Verpflegungsgeld an die Träger ausgezahlt werden, wenn die Sorgeberechtigten und das Kind eine Gemeinschaftsunterkunft nach § 53 Asylgesetz bewohnen und für Kinder, die aus Mitteln der Sozial- und Jugendhilfe in einem Heim untergebracht sind und Kinder, für die das Stadtjugendamt München Pflegegeld bezahlt und für Kinder, bei denen die Bezirkssozialarbeit (BSA) bei Vorliegen besonderer sozialpädagogisch begründeter Notlagen die Übernahme des individuellen Verpflegungsgeldes, das von Träger zu Träger unterschiedlich sein kann, in entsprechender Höhe beantragt hat.

Die Anpassungen der Richtlinien zur Münchner Förderformel stellen eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für die betroffenen Eltern, Träger und für die Verwaltung dar.

#### **4.1 Förderung kinderreicher Familien und Zweitkind- u. Drittkinderermäßigung**

Die derzeitige Regelung für Familien mit Geschwisterkindern, die sowohl eine städtische Kindertageseinrichtung als auch eine nicht-städtische Einrichtung besuchen, die an der Münchner Förderformel teilnimmt, sieht vor, dass die Beitragsreduzierung bei zwei Kindern und auch die Gebührenbefreiung für das dritte Kind jeweils in der städtischen Einrichtung erfolgt. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass die Geschwisterermäßigung (im städtischen Hort) relativ gering ausfällt und die Eltern die (relativ hohen) Elternbeiträge in der Kinderkrippe voll bezahlen müssen (z. B. wenn ein Kind der Familie einen städtischen Hort und das Geschwisterkind eine Kinderkrippe in der Münchner Förderformel besucht).

Die Anpassung der Geschwisterermäßigung in der Kindertageseinrichtungsgebührensatzung (und die damit auch erforderliche entsprechende Änderung der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte) soll, wie in der Sitzungsvorlage zur Neuregelung der städtischen Satzungen (Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 08277, Seite 34 ff.) dargestellt, zu einer einheitlichen, transparenten und gerechteren Regelung führen.

Die vom Stadtrat in der Vollversammlung vom 05.04.2017 beschlossene Neuregelung sieht die Ermäßigung der Besuchsgebühr für Kinder in einer Kindertageseinrichtung in städtischer Trägerschaft oder in einer Kindertageseinrichtung, die an der Münchner Förderformel teilnimmt, nach dem Alter der Kinder vor. Dabei erhält immer das älteste Kind keine Geschwisterermäßigung und das zweitälteste Kind erhält eine Entgeltreduzierung um zwei Einkommensstufen. Bei drei oder mehr Kindern in Einrichtungen fallen ab dem drittältesten Kind (und für alle weiteren jüngeren Kinder) keine Besuchsgebühren bzw. Elternentgelte an. Die Geschwisterermäßigung wurde neu geregelt und somit eine vereinheitlichte, bestmögliche Entlastung für die Familien erreicht – unabhängig davon, welches Kind der Familie nun eine städtische und welches eine an der Münchner Förderformel teilnehmende freigemeinnützige und sonstige Einrichtung besucht. Voraussetzung für die Geschwisterermäßigung ist jedoch auch weiterhin, dass die betroffenen Kinder Kindertageseinrichtungen im Sinne des Art. 2 Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) besuchen, eine vergleichbare Eltern-Kind-Initiative, oder eine von der Landeshauptstadt München geförderte Mittagsbetreuung nach Art. 31 Abs. 3 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) für Grund- und Förderschüler der Jahrgangsstufe 1 bis 4.

Neu ist in diesem Zusammenhang auch, dass sich diese Regelung auch auf Einrichtungen bezieht, die sich nicht im Stadtgebiet München befinden. Somit ist sichergestellt, dass Münchner Familien eine umfassende Unterstützung erfahren.

Der Antrag auf Entgeltermäßigung ist von den Sorgeberechtigten bei dem Träger der Kindertageseinrichtung für jedes Kindertageseinrichtungsjahr neu zu stellen. Die Erstattung des Elternentgeltes an die Sorgeberechtigten erfolgt durch den Träger der Kindertageseinrichtung. Im Rahmen der Abrechnung der Differenzförderung wird auf Antrag die Erstattung dem Träger der Kindertageseinrichtung von der Landeshauptstadt München rückerstattet. Der Zahlungsweg direkt an die Sorgeberechtigten ist ausgeschlossen. Die Ermäßigung wird vom Träger durchgeführt und mit der Landeshauptstadt München im Rahmen der Differenzkostenförderung abgerechnet. Der Träger kann den Antrag auf Differenzförderung zu den bei ihm gestellten Anträgen der Eltern, bis spätestens zum 31. August des auf das Kindertageseinrichtungsjahr folgenden Jahres, bei der Landeshauptstadt München geltend machen (vgl. Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte Ziffer 3.2).

Die Neuregelungen werden in der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte aufgenommen.

#### **4.2 Ermäßigung der Elternentgelte - maßgebliche Gesamteinkünfte**

Zu jedem Antrag sind von den Sorgeberechtigten Belege der für die Einkommensberechnung maßgeblichen Einkünfte (auch als Einkommen bezeichnet) beim Referat für Bildung und Sport, Geschäftsbereich KITA, Zentrale Gebührenstelle, vorzulegen. Maßgeblich sind die

Gesamteinkünfte der Personensorgeberechtigten oder, wenn die Anmeldung zulässigerweise durch und im Namen der Pflegeeltern erfolgt, der Pflegeeltern, und jeweils des Kindes, die gemeinsam in einer Haushaltsgemeinschaft leben.

D. h., lebt das Kind mit einer bzw. einem Personensorgeberechtigten zusammen, so tritt diese bzw. dieser an die Stelle der Personensorgeberechtigten.

Die z.B. mit dem Vater des Kindes nicht verheiratete Mutter erhält auf Antrag eine Bescheinigung über das Fehlen von Eintragungen im Sorgeregister. Diese Bescheinigung nach § 58a des Achten Sozialgesetzbuches ist zum Nachweis des alleinigen Sorgerechts vorzulegen.

Die maßgeblichen Einkünfte werden unter der Ziffer 2.3.4 in der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte aufgeführt und gelten für die Regelberechnung gemäß Ziffer 2.3.2 der Richtlinie.

#### **4.2.1 Nachweis der Einkünfte bei aktuellem Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites (II) bzw. Zwölftes (XII) Buch oder nach dem Asylbewerberleistungsgesetz**

Neu aufgenommen wird, dass die Feststellung des anrechenbaren Einkommens bereits dann endgültig erfolgt, wenn bei Antragstellung der aktuelle Bezug der genannten Sozialleistungen für die Dauer des betreffenden Kindertageseinrichtungsjahres (01.09. bis 31.08.) mit vollständigen Nachweisen belegt ist.

Wenn die Sorgeberechtigten und das Kind Bewohnerinnen bzw. Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften nach § 53 Asylgesetz sind, kann das Elternentgelt und das Verpflegungsgeld, auf Antrag in voller Höhe erstattet werden.

Die Festsetzung erfolgt maximal für ein Kindertageseinrichtungsjahr, es muss jährlich ein neuer Antrag gestellt werden.

Die Neuregelung enthält nun – unabhängig vom Bezug eines eigenen Einkommens – die Möglichkeit einer kompletten Befreiung vom Besuchs- und Verpflegungsgeld. Dies stellt eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für die betroffenen Eltern und auch für die Zentrale Gebührenstelle dar. Die Sorgeberechtigten müssen nur noch eine Bestätigung über die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft nach § 53 Asylgesetz vorlegen.

Die bisherigen aufwändigen Beleganforderungen diverser SGB- bzw. Asylbewerberleistungsbescheide, die nach zeitintensiver Prüfung in nahezu allen Fällen zu einer Befreiung von den Elternentgelten und zu einer Ermäßigung der Verpflegungsentgelten führten, entfallen.

Selbst wenn bei diesem Personenkreis grundsätzlich Anträge auf Übernahme der Kosten für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung nach dem Bildungs- und Teilhabepaket denkbar wären, werden diese erfahrungsgemäß nicht rechtzeitig zum Beginn des Kindertageseinrichtungsjahres gestellt. Mit dieser Regelung soll unbedingt vermieden werden, dass es wegen Nichtzahlung dieses kleinen Betrags zum Ausschluss von Kindern aus den Kindertageseinrichtungen kommt. Im Rahmen der Gleichbehandlung dieser Familien wird empfohlen, die Befreiung des Essensentgeltes im Gleichklang zur städtischen Kindertageseinrichtungsgebührensatzung in die Richtlinie aufzunehmen.

Durch diese Änderung entstehen dem Referat für Bildung und Sport - auf Basis

erster Schätzungen - im Rahmen der Differenzförderung (ein durchschnittliches tägliches Verpflegungsgeld i.H.v. 5 Euro für 55 Kinder zugrunde gelegt) voraussichtlich jährliche Mehrauszahlungen in Höhe von ca. bis zu 55.000 Euro (davon ca. 44.000 Euro die die freien Träger durch die Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hätten abrufen können sowie 11.000 Euro Verzicht auf häusliche Ersparnis ).

Berechnungsgrundlage der Schätzung für die Anzahl der oben genannten 55 Kinder aus Gemeinschaftsunterkünften in MFF-Einrichtungen:

Kinder in Gemeinschaftsunterkünften (Gu) in München insgesamt und gerechnete Anzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen (nicht getrennt nach städtischen und freigemeinnützigen und sonstigen Trägern) nach dem Münchner Bildungsbericht 2016.

Altersgruppe	Anzahl Kinder in Gu (Stand 31.12.2016)*	Tatsächliche Betreuungsquote mit Migrationshintergrund**	Errechnete Anzahl Kinder aus Gu in Kitas
0-3	236	10,2 %	24
3-5	162	43,7 %	71
6-10	159	43,7 %***	69
Gesamt	557		164

Es wird davon ausgegangen, dass sich die 164 Kinder aus Gu in Kitas je zur Hälfte in städtischen Einrichtungen und in Einrichtungen freigemeinnütziger und sonstiger Träger befinden. Von letzteren befinden sich ca. 2/3 in MFF-Einrichtungen ( $82 \times 2/3 = 55$ ).

\*Quelle: Sozialreferat „Daten zu in München untergebrachten Flüchtlingen“

\*\*Eigenberechnung Datenquelle: „Münchner Bildungsbericht 2016, Seiten 50 und 59“

Annahme: Familien mit Migrationshintergrund als Gesamtgruppe haben deutlich mehr Motivation zum Besuch einer Kita als Familien in einer Gemeinschaftsunterkunft (z.B. neu in München, noch weniger Integration, noch weniger Sprachkenntnisse, befristete Aufenthalte, usw.)

\*\*\*Annahme: Betreuungswunsch analog 3-6 jährige Kinder

#### 4.2.2 Einkommensberechnung bei Pflegekindern und Heimkindern

Maßgeblich für die Einkommensberechnung für die Pflegekinder sind die Einkünfte der Personensorgeberechtigten, wenn das Pflegekind im Auftrag der Personensorgeberechtigten in der Einrichtung untergebracht wurde. Im Übrigen sind die Einkünfte der Pflegeeltern maßgeblich. Als Pflegeeltern gelten diejenigen Personen, bei denen sich das Kind ständig aufhält und die tatsächlich für das Kind sorgen.

Für Kinder, die aus Mitteln der Sozial- und Jugendhilfe in einem Heim untergebracht sind, werden das Elternentgelt und das Verpflegungsgeld in voller Höhe erstattet.

Für Pflegekinder, für die das Stadtjugendamt München Pflegegeld bezahlt, werden das

Elternentgelt und das Verpflegungsgeld in voller Höhe erstattet.

Es gelten die unter den Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 der Richtlinie geregelten Fristen.

In Bezug auf die freigemeinnützigen und sonstigen Einrichtungen der Münchner Förderformel ist - auf Basis erster Schätzungen - zu erwarten, dass die Ausgleichszahlungen des Referates für Bildung und Sport im Rahmen der Differenzförderung (ein durchschnittliches tägliches Verpflegungsgeld i.H.v. 5 Euro für insgesamt 120 Kinder zugrunde gelegt, davon 90 Pflegekinder und 30 Heimkinder) um ca. 60.000 Euro pro Jahr steigen.

#### **4.2.3 Besondere sozialpädagogisch begründete Notlagen**

Es ist geplant bei Vorliegen besonderer sozialpädagogisch begründeter Notlagen, analog der städtischen Satzung, das Elternentgelt und das Verpflegungsgeld auf Antrag der Bezirkssozialarbeit (BSA) für die Dauer eines Kindertageseinrichtungsjahres (01.09. bis 31.08.) in voller Höhe oder teilweise zu erstatten.

Der Antrag soll in der Regel vor Aufnahme des Kindes in die Einrichtung gestellt werden.

Besucht das Kind bereits eine Einrichtung, so kann die Bezirkssozialarbeit bis zum 28.02. des auf das betreffende Kindertageseinrichtungsjahr folgenden Jahres (Ausschlussfrist) den Antrag rückwirkend für das laufende Kindertageseinrichtungsjahr stellen.

Es gilt die unter den Ziffern 2.3.2 und 2.3.3 der Richtlinie geregelte Vorlagefrist.

Wenn die Leistungen direkt vom Sozialreferat an die Träger von Kindertageseinrichtungen der Münchner Förderformel ausbezahlt würden, müssten die Träger zwei städtische Stellen bemühen, um Ausgleichszahlungen zu erhalten. Vielfach wurden bereits jetzt Bescheinigungen der Bezirkssozialarbeit an die Gebührenstelle des Referates für Bildung und Sport gesandt. Die Bescheinigungen wurden dann wieder an die derzeit zuständigen Stellen im Sozialreferat weitergeleitet. Wenn nun im Rahmen der ohnehin vereinbarten Differenzförderung der Ausgleich direkt über die Zentrale Gebührenstelle des Referates für Bildung und Sport läuft, haben die Träger eine Anlaufstelle. Gleichzeitig minimiert sich der innerstädtische Verwaltungsaufwand.

Die Ermittlung der Höhe der in diesem Zusammenhang anfallenden Auszahlungen im Rahmen der Differenzförderung wird unter Berücksichtigung der nachfolgenden Annahmen, wie folgt eingeschätzt:

- Die Höhe des durchschnittlichen Elternentgelts entspricht der Höhe der städtischen Besuchsgebühren mit einem Aufschlag von 20 Prozent.
- Die Höhe des Verpflegungsgeldes im Münchner Förderformel-Bereich liegt bei durchschnittlich ca. 5 Euro täglich.
- Die soziale Struktur der Sorgeberechtigten entspricht dem städtischen Bereich.
- Der prozentuale Anteil der BSA-Fälle im städtischen Bereich entstammt einer Auswertung aus 2013.
- Überwiegend werden im Rahmen der sozialpädagogisch begründeten Notlagen Verpflegungsgelder ermäßigt.

- Der Umfang der BSA-Ermäßigung des Verpflegungsgeldes für besondere sozialpädagogisch begründete Notlagen erfolgt analog dem städtischen Bereich.
- In geschätzt ca. einem Fünftel der sozialpädagogisch begründeten Notlagen wird die Ermäßigung des Elternentgelts durch die BSA befürwortet.

Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass im Bereich der freigemeinnützigen und sonstigen Einrichtungen, die an der Münchner Förderformel teilnehmen, ca. 300 Kinder von einer BSA-Ermäßigung betroffen sein könnten.

Die Einführung der Möglichkeit von BSA-Ermäßigungen für besondere sozialpädagogisch begründete Notlagen in der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte würde für das Referat für Bildung und Sport im Rahmen der Differenzförderung Mehrauszahlungen von bis zu 331.360 Euro jährlich bedeuten (davon ca. 128.000 Euro, die die freien Träger durch die Kostenübernahme für die Mittagsverpflegung im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets hätten abrufen können).

#### **4.2.4 Wegfall der Vergleichsberechnung bei aktuell niedrigen Einkünften sowie des Nachweises aktueller Jahreseinkünfte bis 15.000,- Euro**

Analog der Neufassung der städtischen Gebührensatzung (vgl. Sitzungsvorlage Nr. 14 - 20 / V 08277) soll auch gemäß der neu gefassten Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte diese Berechnung entfallen. Bei aktuellen finanziellen Problemlagen haben die Sorgeberechtigten immer die Möglichkeit, einen Antrag auf Prüfung der Zumutbarkeit der Elternentgelte nach der Regelung des § 90 Abs. 3 Sozialgesetzbuch Achtes Buch (SGB VIII) zu stellen. Somit sind Sorgeberechtigte in diesem Punkt immer abgesichert. Die Möglichkeit dieser Berechnungen (vgl. Ziffer 2.3.3 der aktuellen Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte in der Neufassung vom 11.02.2016) wurde bisher nur von wenigen Personensorgeberechtigten in Anspruch genommen. Zudem bestand für die betroffenen Eltern hier das Risiko einer hohen Nachforderung, wenn Belege nicht zeitgerecht vorgelegt wurden oder die ursprüngliche Schätzung sich nicht bestätigte. In der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte wird somit (analog zur neuen Kindertageseinrichtungsgebührensatzung 2017) keine Regelung mehr aufgenommen. Das Referat für Bildung und Sport geht davon aus, dass bedingt durch den Wegfall der Vergleichsberechnung und der Regelung für aktuelle Jahreseinkünfte bis 15.000 Euro in ca. 700 zusätzlichen Fällen Anträge auf Prüfung der Zumutbarkeit gem. § 90 Abs. 3 SGB VIII gestellt werden. Aktuell erfolgt die Bearbeitung der Anträge nach § 90 Abs. 3 SGB VIII für alle Fälle in Kindertageseinrichtungen, die sich nicht in städtischer Trägerschaft befinden, durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe des Sozialreferats. Das Referat für Bildung und Sport sieht sich jedoch in der Verantwortung, dem Auftrag aus dem Beschluss in der Vollversammlung des Stadtrats vom 20.05.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02569) nachzukommen und in Kooperation mit dem Sozialreferat eine Lösung zu erarbeiten, die es ermöglicht, dass die Bearbeitung der Fälle nach § 90 Abs. 3 SGB VIII für freigemeinnützige und sonstige Träger im Rahmen der Münchner Förderformel ab 01.09.2018 durch das Referat für Bildung und Sport erfolgt. Derzeit sind in diesem Zusammenhang wesentliche Fragen hinsichtlich des

Auszahlungsverfahrens und der personellen Bedarfe noch ungeklärt. Die Klärung zwischen den beiden Referaten soll so rasch als möglich erfolgen, in einer Folge-Beschlussvorlage behandelt werden und in eine planvolle Umsetzung münden.

In den Fällen der Jahreseinkünfte bis 15.000 Euro (ca. 500 Fälle) und der Vergleichsberechnungen (ca. 200 Fälle), die künftig voraussichtlich Anträge gem. § 90 Abs. 3 SGB VIII stellen werden, wird von Erstattungen im Rahmen der Differenzförderung i.H.v. bis zu 634.600 Euro pro Bewilligungszeitraum ausgegangen. Nachdem geplant ist, dass die Zentrale Gebührenstelle ab dem 01.09.2018 diese Berechnungen eigenständig durchführt, entstehen somit für den Bewilligungszeitraum 2018 bis 31.08.2018 Minderauszahlungen in Höhe von 423.067 Euro.

## 5. Anpassung der Hortelternentgelte

Die Belegung der Schulkinder in den Einrichtungen der Münchner Förderformel in freigemeinnütziger und sonstiger Trägerschaft stellte sich im Bewilligungszeitraum 2016 wie folgt dar:

<b>Belegung Schulkinder im Betriebsjahr 2016 (Jahresdurchschnitt)</b>						
<b>Buchungskategorie</b>	<b>1 - 2</b>	<b>2 - 3</b>	<b>3 - 4</b>	<b>4 - 5</b>	<b>5 - 6</b>	<b>über 6</b>
<b>Anzahl von Schulkindern in Freigemeinnützigen und sonstigen Einrichtungen</b>	19,67	170,50	953,26	1509,42	838,00	133,17
<b>davon in MFF Einrichtungen</b>	6,92	46,08	468,92	860,58	440,08	18,25

Analog zur Änderung der Kindertageseinrichtungsgebührensatzung, sollen auch die Elternentgelte für Schulkinder in der Münchner Förderformel angepasst werden. Folglich werden auch im Fördersystem der Münchner Förderformel die gestaffelten Elternentgelte von Schulkindern entsprechend den Vorgaben des Freistaats Bayern angepasst (vgl. Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte Ziffer 2.2). Die dafür erforderlichen neuen Elternentgelte in der Entgelttabelle sollten sich an der bisherigen Entgeltsystematik orientieren und begründen sich zudem auf der festgestellten unterschiedlichen Nutzung der Buchungskategorien.

<b>Buchungskategorie</b>	<b>1 - 2</b>	<b>2 - 3</b>	<b>3 - 4</b>	<b>4 - 5</b>	<b>5 - 6</b>	<b>über 6</b>
<b>Neu geplante max. Elternentgelt pro Jahr</b>	<b>1.440,00 €</b>	<b>1.632,00 €</b>	<b>1.824,00 €</b>	<b>2.016,00 €</b>	<b>2.208,00 €</b>	<b>2.400,00 €</b>
Entgelte pro Monat	120,00 €	136,00 €	152,00 €	168,00 €	184,00 €	200,00 €
<b>Abweichung von der Neuen Städtischen Gebühr in %</b>	12,15%	17,24%	25,62%	23,53%	21,85%	20,48%

Auf Basis der vorliegenden Daten kann festgehalten werden, dass die Absenkung der Elternentgelte in der Buchungskategorie 3 bis 4 Stunden kaum zu Änderungsbedarf bei den Einrichtungen führen wird. Erhöht werden sollten die Höchstgrenzen in den Buchungszeitkatego-

rien 1 bis 2 Stunden, 2 bis 3 Stunden, 5 bis 6 Stunden und 6 bis 7 Stunden (vgl. Zuschussrichtlinie Ziffer 3.11).

Im Ergebnis werden wohl sieben Einrichtungen ab dem Kindertageseinrichtungsjahr 2017/2018 ihre Elternentgelte in diesen Kategorien angleichen (bei Einrichtungen mit Trägerschaftsvertrag wird die städtische Gebühr vorausgesetzt).

Es wird auf Basis erster Schätzungen davon ausgegangen, dass in Summe die Einnahmen der Träger auf Basis dieser Angleichungen fast identisch bleiben (Datenbasis Belegung Bewilligungszeitraum 2016).

Die Staffelung der Beträge für die Entgeltermäßigung werden entsprechend den Vorgaben des Freistaats Bayern wie folgt empfohlen:

<b>Münchner Förderformel - Neue Entgeltstaffelung für Schulkinder</b>								
<b>Buchungskategorien</b>	<b>&gt; 3 bis 4 Stunden</b>		<b>&gt; 4 bis 5 Stunden</b>		<b>&gt; 5 bis 6 Stunden</b>		<b>über 6 Stunden</b>	
<b>Einkünfte EUR</b>	<b>alt</b>	<b>neu</b>	<b>alt</b>	<b>neu</b>	<b>alt</b>	<b>neu</b>	<b>alt</b>	<b>neu</b>
bis 15.000	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €	0 €
bis 20.000	404 €	379 €	447 €	447 €	490 €	518 €	537 €	596 €
bis 25.000	562 €	527 €	605 €	605 €	648 €	685 €	695 €	771 €
bis 30.000	749 €	703 €	807 €	807 €	864 €	914 €	927 €	1.028 €
bis 35.000	936 €	878 €	994 €	994 €	1.052 €	1.112 €	1.114 €	1.235 €
bis 40.000	1.124 €	1.055 €	1.181 €	1.181 €	1.239 €	1.310 €	1.301 €	1.443 €
bis 45.000	1.311 €	1.230 €	1.368 €	1.368 €	1.426 €	1.508 €	1.488 €	1.650 €
bis 50.000	1.469 €	1.378 €	1.527 €	1.527 €	1.584 €	1.675 €	1.646 €	1.826 €
bis 55.000	1.628 €	1.527 €	1.685 €	1.685 €	1.743 €	1.843 €	1.804 €	2.001 €
bis 60.000	1.786 €	1.676 €	1.844 €	1.844 €	1.901 €	2.010 €	1.962 €	2.176 €
über 60.000	<b>1.944 €</b>	<b>1.824 €</b>	<b>2.016 €</b>	<b>2.016 €</b>	<b>2.088 €</b>	<b>2.208 €</b>	<b>2.164 €</b>	<b>2.400 €</b>

Bei besonderen Projekten in der Schulkindbetreuung (z.B. Freitagsbetreuung für Kinder aus dem schulischen Ganztags) kann mit Genehmigung des Referats für Bildung und Sport die Differenzförderung auf die Buchungszeitkategorien von über 1 bis 2 Stunden und über 2 bis 3 Stunden ausgeweitet werden. Die entsprechende Ausarbeitung der Staffelung wird auf dem Büroweg erledigt. Im Betriebsjahr 2016 hatten 55 Kinder diese Buchungszeiten genutzt.

Für Plätze von Schulkindern ist, nach der neuen Richtlinie, für die Betreuung in den Ferienzeiten (Ferienbuchung), bei tatsächlich höherer Anwesenheitszeit der Kinder in den Ferienzeiten kein höheres Elternentgelt als in der Schulzeit zulässig. Diese Regelung ist auch in der städtischen Benutzersatzung verankert. Einrichtungen mit Trägerschaftsvertrag müssen laut Vertrag die städtische Benutzersatzung entsprechend anwenden. Somit trifft diese Änderung derzeit potentiell rund 900 Hortkinder im Rahmen der Münchner Förderformel. Wobei aus der Erfahrung heraus bei weitem nicht alle Hortkinder gesonderte Ferienbuchungen aufweisen. Durch diese Anpassung ist sichergestellt, dass für Eltern mit Hortkindern nun auch in diesem Bereich eine einheitliche Regelung gilt.

Die neuen Elternentgelte werden zum Kindertageseinrichtungsjahr 2017/2018 eingeführt.

## **6. Anpassung des Faktors kfkont**

Die Fördervoraussetzung dieses Faktors sollten dahingehend präzisiert werden, dass für die Belegung von Plätzen über die Bezirkssozialarbeit (BSA) oder die Vermittlungsstelle (VMS) unter Federführung des Sozialreferats eine Rahmenvereinbarung zur Belegung des Kontingents von Kindertagesbetreuungsplätzen erarbeitet wurde.

Diese Rahmenvereinbarung regelt nun verbindlich das Belegungsverfahren.

Die Rahmenvereinbarung wurde in einer Arbeitsgruppe, an der die städtischen Träger und die freigemeinnützigen und sonstigen Träger beteiligt waren, erarbeitet.

Das Belegungsverfahren ist bindend für alle Kindertageseinrichtungen, die ein Platzkontingent zur Verfügung stellen und den Faktor kfkont der Münchner Förderformel hierfür beantragen.

Allgemein gilt weiter wie bisher, dass der Faktor kfkont je einmal für maximal 25 betreute Kindergarten-/Schulkinder und je einmal für maximal 12 Krippenkinder der gleichen Kategorie gewährt werden kann.

Unabhängig vom Faktor kfkont können laut der Rahmenvereinbarung auf Vorschlag des Sozialreferats weitere Kinder aufgenommen werden. Für diese Kinder erfolgt keine Ausgleichszahlung durch die Münchner Förderformel (vgl. Zuschussrichtlinie Ziffer 3.18).

Von zentraler Bedeutung ist, dass die Bedarfsfeststellung über einen Kont-Platz im zuständigen Sozialbürgerhaus erfolgt und die Entscheidung über die Aufnahme eines Kindes bei der Einrichtungsleitung bzw. dem Träger liegt.

Das Belegungsverfahren wird, wie auch in der Rahmenvereinbarung festgehalten, mindestens jährlich reflektiert, um vor allem das gemeinsame Ziel "Kinder und Familien in besonderen Bedarfslagen unterstützen" erfolgreich zu verfolgen.

Die Belegung eines Platzes mit einem Kind, das in einer staatlichen Gemeinschaftsunterkunft bzw. anderen Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe lebt, wird analog anerkannt. Die Rahmenvereinbarung findet hier nur Anwendung, wenn die Bezirkssozialarbeit involviert ist.

## **7. Weitere Änderungen der neu gefassten Richtlinien**

Innerhalb der Zuschussrichtlinie und der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte wurden insbesondere noch folgende Änderungen bzw. Klarstellung vorgenommen:

Die Allgemeinen Fördervoraussetzung in der Zuschussrichtlinie wurden präzisiert.

Erst- und Folgeanträge sind bis zum 31. Januar des jeweiligen Bewilligungszeitraums zu stellen (vgl. Zuschussrichtlinie Ziffer 3.22).

Der Faktor kfU3 wurde von den Bundesmitteln entkoppelt, daher ist die Frist nach Ziffer 3.22.3 der Zuschussrichtlinie entbehrlich und wurde gestrichen.

Hinsichtlich der Informationspflicht der Träger wurde zur Klarstellung das zuständige Sachgebiet genauer bezeichnet. Die Zuschussrichtlinie und die Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte sollen zum

01.09.2017 in Kraft treten. Die neu aufgenommene Härtefallregelung in der Zuschussrichtlinie unter Ziffer 3.30 soll rückwirkend – falls notwendig – ab dem 01.01.2017 gewährt werden.

#### **8. Information der Träger und Leitungen zur Anwendung der neu gefassten Richtlinien**

Für die Träger und Leitungen von Einrichtungen die über die Münchner Förderformel gefördert werden, wird das Referat für Bildung und Sport Informationsunterlagen und Handreichungen zu den Inhalten und zur Anwendung der neu gefassten Richtlinien bereitstellen.

#### **9. Diskussion über die Höhe der Elternentgelte und geplante Regelungen zum Spielgeld**

Wie bereits in der Beschlussvorlage zu den Änderungen der städtischen Satzungen dargestellt (Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 08277, Seite 14 sowie deren Anlagen 9 und 14), wünschen die freigemeinnützigen und sonstigen Träger insbesondere bei Kindertageseinrichtungen mit Trägerschaftsvertrag eine Anhebung der Elternentgelte sowie eine explizite Regelung zum Spiel- und Materialgeld. Zitat: "Eine Aussage zum „Spielgeld“ als Teil der Gebühr ist in der städtischen Satzung nicht enthalten. Die städtischen Einrichtungen verzichten auf die Aufforderung zur Abgabe des „freiwilligen“ Spielgelds und das RBS somit auf diese Einnahmen. Damit zwingt sie langfristig grundsätzlich im Sinne des Wettbewerbs auch die freien Träger zum Verzicht auf diese Einnahmen." Da die freien Träger durchschnittlich zwischen 90 und 120 Euro pro Kind und Jahr an Einnahmen verlieren, ist eine Regelung erforderlich, wie dieser Einnahmeverlust kompensiert werden kann, ohne gegen die Regel der Entgeltobergrenze nach der Münchner Förderformel zu verstoßen."

Wie in der Beschlussvorlage des Bildungsausschusses und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Stadtrates vom 10.01.2017 dargestellt, werden derzeit Vergleichsberechnungen durchgeführt.

Bei diesen Vergleichsberechnungen werden die von den Trägern durchschnittlich bezifferten Spielgeldeinnahmen von 90 und 120 Euro pro Kind und Jahr nicht aufgenommen. Das bedeutet, es wird in der Simulation auf diese Einnahme verzichtet, um abschätzen zu können, welches Ergebnis sich ohne diese Einnahmen abzeichnet. Dies wird derzeit genauer untersucht. Vor diesem Hintergrund kann einer Anhebung der Beiträge derzeit nicht zugestimmt werden. Zumal sich auch abzeichnet, dass bei weitem nicht alle Träger die möglichen Obergrenzen der Elternentgelte ausnutzen.

Bei den derzeit laufenden Analysen wurde weiter festgestellt, dass vereinzelt auch sehr hohe Spiel- und Materialgeldzahlungen von einzelnen Trägern erhoben werden. Vor diesem Hintergrund wurde innerhalb der Begleitkommission thematisiert, das Spiel- und Materialgeld ggf. in einem ersten Schritt ab dem 01.01.2018 zu deckeln.

Ziel ist weiterhin, und dies soll im Rahmen der Beschlussvorlage im ersten Quartal 2018 geklärt werden, ob darüber hinaus das derzeit mögliche verpflichtende Spielgeld gänzlich abgeschafft wird. Insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass ein Fortbestehen dieser Regelung zur Folge hat, dass insbesondere Eltern, die z.B. in Bezug von Leistungen nach dem SGB II und XII stehen, weiterhin bezüglich der Übernahme des Spielgeldes einen zusätzlichen Antrag bei der WJH stellen müssen. In der Regel handelt es sich hierbei um die

Kostenübernahme eines sehr geringen Betrages, dessen Antragstellung und Bearbeitung aber sowohl für die betroffenen Eltern als auch für die Verwaltung mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Ohne die Möglichkeit verpflichtender Spielgelder, wäre die Münchner Förderformel für die Münchner Familien, in Bezug auf die Kosten transparenter und letztlich bürgerfreundlicher.

## 10. Finanzierung

Für Kinder in Gemeinschaftsunterkünften, für Kinder, die aus Mitteln der Sozial- und Jugendhilfe in einem Heim untergebracht sind sowie für Pflegekinder, für die das Stadtjugendamt München Pflegegeld bezahlt, wird das Verpflegungsgeld in voller Höhe erstattet (siehe Punkt 4.2.1 und Punkt 4.2.2 des Vortrags). Darüber hinaus werden die BSA-Ermäßigungen für besondere sozialpädagogisch begründete Notlagen in der "Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte" aufgenommen und im Rahmen der Differenzförderung dem Träger erstattet (siehe Punkt 4.2.3 des Vortrags). Es wird auf Basis erster Schätzungen davon ausgegangen dass die Ausgleichszahlungen des Referates für Bildung und Sport im Rahmen der Differenzförderung um maximal 446.360 Euro pro Bewilligungszeitraum (Haushaltsjahr) steigen können.

Davon können 263.360 Euro jährlich als Minderauszahlungen seitens der WJH gegengerechnet werden. 172.000 Euro stellen nicht abgerufene Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket je Bewilligungszeitraum dar. Zusätzlich dazu erhöht sich die Differenzförderung um 11.000 Euro durch Wegfall der häuslichen Ersparnis im Bereich der Essensgelder.

Weiter entstehen dem Referat für Bildung und Sport durch den Wegfall der Vergleichsberechnung bei aktuell niedrigen Einkünften sowie des Nachweises aktueller Jahreseinkünfte bis 15.000.- Euro, wie unter Punkt 4.2.4 beschrieben, Minderauszahlungen in Höhe von bis zu 634.600 Euro pro Bewilligungszeitraum. Nachdem geplant ist, dass die Zentrale Gebührenstelle ab dem 01.09.2018 diese Berechnungen eigenständig durchführt, entstehen somit für den Bewilligungszeitraum 2018 Minderauszahlungen in Höhe von 423.067 Euro.

**Für den Bewilligungszeitraum 2017** vom 01.09.2017 bis einschließlich 31.12.2017 entstehen somit Mehrauszahlungen in Höhe von bis zu **91.453 Euro**, demgegenüber fallen für das Jahr 2017 Minderauszahlungen in Höhe von **211.533 Euro** in Bezug auf den Wegfall der Vergleichsberechnung und der Regelung für aktuelle Jahreseinkünfte bis 15.000 Euro an. Im Ergebnis fallen somit für das Referat für Bildung und Sport Minderauszahlungen in Höhe von bis zu **120.080 Euro** an.

Weiter fallen für den Bewilligungszeitraum 2017 vom 01.09.2017 bis einschließlich 31.12.2017 anteilig Mehrauszahlungen in Höhe von bis zu **57.333 Euro** in Bezug auf nicht abgerufene Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket je Bewilligungszeitraum an.

**Für den Bewilligungszeitraum 2018** entstehen Mehrauszahlungen in Höhe von bis zu **274.360 Euro**, demgegenüber fallen für das Jahr 2018 vom 01.01.2018 bis einschließlich 31.08.2018 Minderauszahlungen in Höhe von **423.067 Euro** in Bezug auf den Wegfall der Vergleichsberechnung und der Regelung für aktuelle Jahreseinkünfte bis 15.000 Euro an. Im Ergebnis fallen somit für das Referat für Bildung und Sport Minderauszahlungen in Höhe von **148.707 Euro** an.

Weiter fallen für den Bewilligungszeitraum 2017 vom 01.09.2017 bis einschließlich 31.12.2017 anteilig Mehrauszahlungen in Höhe von bis zu **172.000 Euro** in Bezug auf nicht abgerufene Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket je Bewilligungszeitraum an.

In den Haushaltsjahren 2017 und 2018 erfolgt keine Budgetanpassung zwischen dem Sozialreferat und dem Referat für Bildung und Sport. Diese Mittel werden aus vorhandenen Bestandsmitteln innerhalb des bewilligten Zuschussrahmens für die Kindertagesbetreuung (Finanzposition 4647.700.0000.6) getragen bzw. umgewidmet.

**Ab dem Bewilligungszeitraum 2019** entstehen jährlich Mehrauszahlungen in Höhe von bis zu **274.360 Euro**, demgegenüber stehen ab dem Haushaltsjahr 2019 keine Minderausgaben, da die Prüfung der Zumutbarkeit gem. §90 Abs. 3 SGB VIII in Gänze wieder durch das Referat für Bildung und Sport übernommen wird.

Ab dem Haushaltsjahr 2019 soll im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung eine Plananpassung erfolgen. Basis hierfür sind die Ergebnisse aus den Haushaltsjahren 2017 u. 2018.

In der Beschlussvorlage des Bildungsausschusses und des Kinder- und Jugendhilfeausschusses in der gemeinsamen Sitzung des Stadtrates vom 10.01.2017 (Sitzungsvorlage Nr. 14 – 20 / V 07807) wurde auf Seite 14 ff. dargestellt, dass bezogen auf den Bewilligungszeitraum 2016 insgesamt für die 380 Kindertageseinrichtungen der freigemeinnützigen und sonstigen Träger, die aktuell über die Münchner Förderformel eine Förderung erfahren, jährlich rund 76 Mio. Euro - als freiwillige Leistung der Landeshauptstadt München - zur Verfügung stehen. Der aktuelle Mittelabfluss beläuft sich derzeit, laut Beantragung durch die teilnehmenden Träger, auf jährlich 54,203 Mio. Euro.

Vor diesem Hintergrund werden die Mehrauszahlungen in Höhe von **172.000 Euro** jährlich in Bezug auf nicht abgerufene Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket sowie die Erhöhung der Differenzförderung um 11.000 Euro durch Wegfall der häuslichen Ersparnis im Bereich der Essensgelder ab dem Haushaltsjahr 2018 ff. vorerst innerhalb des bewilligten Zuschussrahmens für die Kindertagesbetreuung (Finanzposition 4647.700.0000.6) getragen bzw. umgewidmet.

Die vorstehenden Ausführungen werden in Bezug auf die Mittel- bzw. Budgetumschichtung tabellarisch wie folgt dargestellt:

<b>Haushaltsjahr 2017</b>	<b>Minderauszahlungen</b>	<b>Mehrauszahlungen</b>		<b>BuT-Mittel*</b>	<b>Vorhandene Budgetmittel**</b>
RBS	211.533 €	91.453 €	120.080 €	57.333 €	62.747 €
Sozialreferat	87.786 €	211.533 €	-123.747 €		
<b>Haushaltsjahr 2018</b>	<b>Minderauszahlungen</b>	<b>Mehrauszahlungen</b>	<b>Budget Umschichtung</b>	<b>BuT-Mittel*</b>	<b>Vorhandene Budgetmittel**</b>
RBS	423.067 €	274.360 €	148.707 €	172.000 €	172.000 €
Sozialreferat	263.360 €	423.067 €	-159.707 €		
<b>Haushaltsjahr 2019 ff.</b>	<b>Minderauszahlungen</b>	<b>Mehrauszahlungen</b>	<b>Budget Umschichtung</b>	<b>BuT-Mittel*</b>	<b>Vorhandene Budgetmittel**</b>
RBS		274.360 €	-274.360 €	172.000 €	172.000 €
Sozialreferat	263.360 €		263.360 €		

\* Bildungs- und Teilhabepaket

\*\*Die Mittel werden innerhalb des bewilligten Zuschussrahmens für die Kindertagesbetreuung (Finanzposition 4647.700.0000.6) getragen bzw. umgewidmet.

## 11. Ausblick

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Neuregelung zur Bewertung des gesetzlichen Mindestanstellungsschlüssels in der Praxis bewährt. Die Anpassungen der Richtlinien zur Münchner Förderformel für freigemeinnützige und sonstige Träger, die durch die neuen Satzungsregelungen erforderlich waren, stellen eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung für die betroffenen Eltern, Träger als auch für die Verwaltung dar.

Weiter wird derzeit eine umfassende Evaluation der Münchner Förderformel durchgeführt. Es ist geplant, die Ergebnisse dieser Evaluation/Vergleichsberechnungen dem Stadtrat im 1. Quartal 2018 vorzulegen.

Die Themenfelder dieser Beschlussvorlage sind in der Begleitkommission zur Münchner Förderformel erörtert worden.

Die Beschlussvorlage wird von Seiten des Sozialreferates mitgezeichnet.

Die Stadtkämmerei erhebt keine Einwände gegen die Beschlussvorlage.

Die Gleichstellungsstelle für Frauen zeichnet die Beschlussvorlage mit.

Eine Anhörung der Bezirksausschüsse ist nicht erforderlich.

Der Korreferentin des Referats für Bildung und Sport, Frau Stadträtin Neff, und der Verwaltungsbeirätin, Frau Stadträtin Pfeiler, wurde je ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet.

## **II.a Antrag der Referentin im Kinder- und Jugendhilfeausschuss**

Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt die dargelegten Ausführungen zur Münchner Förderformel zur Kenntnis.

## **II.b Antrag der Referentin im Bildungsausschuss**

1. Der Stadtrat nimmt die dargestellten Ausführungen zur Münchner Förderformel zur Kenntnis.
2. Der Neufassung der Zuschussrichtlinie zur Münchner Förderformel (Anlage 1a) wird zugestimmt.
3. Der Neufassung der Richtlinie zur Förderung kinderreicher Familien und zur einkommensbezogenen Staffelung der Elternentgelte (Anlage 2a) und der damit verbundenen und vom Referat für Bildung und Sport vorgeschlagenen Finanzierung wird – wie im Vortrag der Referentin unter Punkt 10 beschrieben – zugestimmt.  
Auf Grund dessen, dass diese Finanzierung auf Schätzungen beruht, erfolgt in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 keine Budgetanpassung. Die benötigten Finanzmittel werden aus vorhandenen Bestandsmitteln innerhalb des bewilligten Zuschussrahmens für die Kindertagesbetreuung (Finanzposition 4647.700.0000.6) getragen bzw. umgewidmet. Ab dem Haushaltsjahr 2019 erfolgt im Rahmen der Haushaltsaufstellung eine Plananpassung auf Basis der Ergebnisse aus den Haushaltsjahren 2017 und 2018.
4. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III.a Beschluss im Kinder- und Jugendhilfeausschuss** nach Antrag

## **III.b Beschluss im Bildungsausschuss** nach Antrag

Die endgültige Entscheidung obliegt der Vollversammlung des Stadtrats.  
Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl  
3. Bürgermeisterin

Beatrix Zurek  
Stadtschulrätin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

an das Direktorium D-II/V-SP

an die Stadtkämmerei

an das Revisionsamt

z. K.

**V. Wiedervorlage im Referat für Bildung und Sport - KBS**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. An das Sozialreferat

An die Gleichstellungsstelle für Frauen

An RBS – GL 2

z. K.

Am